

lig illegitime Volksabstimmung schützen wollen, um dann nur einem Komplex fragwürdigster Motive zu einem heuchlerischen Feldzeichen zu verhelfen und die Verwirrung der Geister komplett zu machen. Das Gewissen des echten Kriegsdienstverweigerers muß sich vielmehr unter dem Druck sachlicher Entscheidungen, die über seinen Kopf hinweg gefällt werden, bewähren. Es muß sich z.B. dadurch bewähren, daß es gegebenenfalls leidet. Ich kann ja auch sonst als Seelsorger gewissensmäßig in die Lage kommen, daß ich jemandem raten muß, etwas zu tun, was einem Gesetz widerspricht, und damit mich selbst der Rache der Gerechtigkeit aussetzen. Das muß ich dann eben tragen. Es wird sogar eine zeichenhafte Bedeutung haben, wenn es solche Kriegsdienstverweigerer gibt. Nur besteht sie nicht in der Zielsetzung, sich einen Verfassungsschutz zu verschaffen.

Das alles führt wieder an sehr grundsätzliche Fragen heran. Daß ich ihnen nicht ausweichen möchte, habe ich wohl durch entsprechende Publikationen bewiesen; und gerade der zweite Band der Theologischen Ethik, der vor dem Erscheinen steht, beschäftigt sich auf vielen hundert Seiten damit. Hier kam es mir nur darauf an, einige Fragen zu skizzieren, die durch Manifeste aus dem Raum der evangelischen Kirche aufgebrochen sind; und ich schließe mit der nochmaligen doppelten Bitte:

E i n m a l die Gruppen zu unterscheiden, in denen eine Opposition gegen die Wiederbewaffnung besteht; und z u m a n d e r e n bei einer oder bei einigen dieser Gruppen die echte Gewissensfrage nicht zu überhören, auch wenn sie mit einer politischen Konzeption verbunden ist, die dem einen oder anderen als nicht annehmbar erscheint. Im letzten Grunde sollten wir uns über jeden freuen, der eine Gewissensfrage in die politische Debatte wirft. Haben die Leute, die das tun, wirklich nur der politischen Maschinerie Öl entzogen, das sie für ihren reibungslosen Lauf braucht? Haben sie mit jenen hemmenden Fragen nur Sand hineingestreut? Oder hüten sie sich vielleicht nur, Öl in verhängnisvolle Feuer zu gießen, und sind bemüht, Sand in diese F e u e r zu werfen? Man halte jedenfalls die nicht für unmündig, die zwischen dieser Maschinerie und diesen Feuern stehen!

KBA 6026.3

"DIE STIMME DER GEMEINDE" IST NICHT DIE STIMME DER GEMEINDE

Bischof D. Halfmann gegen politischen Mißbrauch der Kirche

"Ich sehe mich nicht in der Lage, eine Kundgebung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu richten, wie es kürzlich eine Gruppe von evangelischen Kirchenführern, Professoren und Synodalen getan hat" - erklärt der Bischof für Holstein, D. Wilhelm Halfmann (Kiel), in seinem Antwortschreiben an ein Gemeindeglied, das ihn gebeten hatte, sich diesem gegen die Annahme der Pariser Verträge gerichteten Appell anzuschließen. Der Bischof fährt in dem Schreiben fort:

"Es handelt sich bei dieser Kundgebung um ein Stück Politik, gegen oder für welches die Kirche als solche vom Evangelium her keine Weisung zu geben hat. Die Unterzeichner der obigen Eingabe an den Bundestag haben darum auch als Personen mit ihrem Namen gezeichnet, ohne den Anspruch zu erheben, daß ihre Stimme die Stimme der Kirche sei."

Bischof Halfrmann befaßt sich in seinem Brief dann mit der in Darmstadt erscheinenden und von dem Studentenpfarrer Mochalski herausgegebenen und redigierten Zeitschrift "Die Stimme der Gemeinde", die jenen Appell veröffentlicht hatte:

"Ich kann nicht unterlassen, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß die politischen Kundgebungen dieser bestimmten Gruppierung in der evangelischen Kirche in einer Zeitschrift auftreten, die sich 'Die Stimme der Gemeinde' nennt. Damit wird der Anschein erweckt, als sei die durch sie vertretene Stellungnahme zu der augenblicklich aktuellen politischen Situation die Stimme der Gemeinde, d.h. der evangelischen Kirche - also eine vom Worte Gottes gebotene Stellungnahme, die als solche für alle evangelischen Christen verpflichtend wäre. Daraus müßte ja wohl folgen, daß alle evangelischen Christen, die die politische Situation anders beurteilen, der Stimme der Gemeinde, letztlich dem Worte Gottes ungehorsam sind. Es besteht die große Gefahr, daß die evangelische Christenheit in Deutschland auf diese Art durch eine Politik gespalten wird, die mit religiösen Ansprüchen auftritt."

Tatsache ist jedoch, daß viele in der evangelischen Christenheit eine politische Überzeugung haben, die sich von jener Gruppierung unterscheidet. Hinzu kommt, daß eine nicht geringe Zahl evangelischer Menschen in der Sowjetzone von der Politik jener Gruppe um Heinemann, Mochalski und Karl Barth nicht viel erwartet. Auch um dieser Tatsachen willen ist es m.E. unmöglich, daß die evangelische Kirche sich von Amts wegen so oder so festlegt."

Bischof Halfrmann übt ferner Kritik an einem Flugblatt des Pfarrers Mochalski, das der "Stimme der Gemeinde" beilag, und schreibt dazu: "Dieses Flugblatt ist ein politischer Artikel, der in irgendeiner politischen Zeitung stehen könnte. Völlig zusammenhanglos und unbegründet enthält er einen Appell an die evangelische Christenheit, vor allem die Pfarrer. Die evangelische Kirche erscheint hier als politische Größe neben anderen politischen Organisationen bestimmter Färbung. Das ist Politisierung der Kirche, die ich schlechthin ablehne."

"Um der evangelischen Kirche willen fühle ich mich verpflichtet," so schließt der Bischof seinen Brief, "der Verwirrung entgegenzutreten, die dann entsteht, wenn 'Die Stimme der Gemeinde' eine Politik zu treiben beansprucht, die in nichts heiliger und christlicher ist als andere Politik auch." Es dürfe nicht der Anschein erweckt werden, als wolle eine andere politische Überzeugung - die Bischof Halfrmann als durchaus möglich bezeichnet - weniger aufrichtig den Frieden.

POLITISCHER QUERSCHNITT

Probleme und Aufgaben im neuen Jahre

von Werner v. Lojewski

Die Aussichten für die Eingliederung der Bundesrepublik in den freien Westen sind am Jahresende günstiger geworden. Die französische Nationalversammlung hat der Aufnahme in die NATO sowie der Errichtung der Westeuropäischen Union zugestimmt. Nun soll man gewiß den Tag nicht vor dem Abend loben, zumal die parlamentarische Behandlung der Verträge in Frankreich noch mancherlei Verzögerung erfahren kann. Aber im Grunde spricht doch alles dafür, daß die Westeuropäische Union noch in diesem Jahre ins Leben treten wird.